



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 29. Mai 2026

### **Vorschau auf die Kantonsratsitzung vom Montag, 1. Juni 2026**

Fokusthema: **Geschäftsbericht der ZKB**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag vor allem die Rechnung, den Geschäfts- und den Nachhaltigkeitsbericht der ZKB behandeln. Anschliessend wird es darum gehen, in welchen Topf der Ertrag aus der Versteigerung von Fahrzeugnummern fliessen soll, wie die Polizei Sexarbeitende vor Gewalt schützt und ob kantonale J+S-Beiträge an Breitensportvereine ausgerichtet werden können. Und schliesslich wird sich der Rat mit parlamentarischen Initiativen beschäftigen.*

#### **Geschäftsbericht und Rechnung der ZKB sollen genehmigt werden**

Als Schwerpunkt der Sitzung wird sich der Kantonsrat mit der Zürcher Kantonalbank (ZKB) befassen. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der ZKB sowie den Nachhaltigkeits- und den Klimabericht für das Jahr 2025 zu genehmigen ([KR-Nr. 57/2026](#)). Zudem soll den Bankorganen für das Geschäftsjahr 2025 die Entlastung erteilt werden. Vom Bilanzgewinn der ZKB von 1221 Millionen Franken sollen knapp 181 Millionen Franken zugunsten des Kantons und 175 Millionen Franken zugunsten der Zürcher Gemeinden ausgeschüttet werden. Die AWU hat im Berichtsjahr den Fokus vor allem auf IT-Themen und die Neustrukturierung der Geschäftseinheiten gelegt. Obschon das Geschäft unumstritten ist, nimmt die Behandlung im Rat erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch.

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

#### **Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung soll weiterhin der Staatskasse zufallen**

Mit der Motion «Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung für den Strassenfonds» hatten SVP, FDP und Mitte vor drei Jahren gefordert, dass die Erträge aus der Versteigerung von Kontrollschildern statt in die allgemeine Staatskasse in den Strassenfonds fliessen sollen. Mit dem Strassenfonds wird der Bau und der Unterhalt des Strassennetzes finanziert. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat aber mit 10 zu 5 Stimmen, auf den Entwurf einer Gesetzesänderung zur Umsetzung der Motion nicht einzutreten und die Motion als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 176/2023](#)). Damit folgt die WAK dem Antrag des Regierungsrates. Dieser hatte argumentiert, dass die jährlichen Einnahmen von 4 bis 5 Millionen Franken aus der Kontrollschilderversteigerung in keinem unmittelbaren Zusammenhang zur Nutzung der Strassen stehen und weder Verkehrsabgaben noch Gebühren darstellen. Dagegen wurde vorgebracht, dass der Strassenfonds mit den Erträgen aus der Versteigerung gestärkt werden könne. Eine Minderheit (SVP, Mitte) spricht sich deshalb für eine Rückweisung an die Kommission aus, welche eine entsprechende Gesetzesänderung ausarbeiten soll.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Paul Mayer (SVP, Marthalen), 078 750 30 74

#### **Vorstösse zu Gewalt an Sexarbeitenden und kantonalen J+S-Beiträgen**

Nach der Debatte über die Kontrollschilder wird der Kantonsrat Vorstösse behandeln, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak hat dem Regierungsrat mit einer Interpellation verschiedene Fragen dazu gestellt, wie die Polizei Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter vor Gewalt schützt ([KR-Nr. 28/2026](#)). Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist

das Geschäft erledigt. Und SP-Kantonsrat Christoph Fischbach möchte, dass ergänzend zum Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung kantonale Jugend + Sport-Beiträge, finanziert aus Mitteln des allgemeinen Staatshaushaltes, an Breitensportvereine ausgerichtet werden können ([KR-Nr. 87/2026](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), 079 456 79 99  
Christoph Fischbach (SP, Kloten), 079 400 07 23

### **Parlamentarische Initiativen zu PFAS und Co-Präsidien an Gerichten**

Bis zum Sitzungsende wird sich der Rat danach voraussichtlich mit parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Dabei geht es vorerst darum zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Grünen-Kantonsrat Benjamin Krähenmann möchte, dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative mit dem folgenden Ziel einreicht: Der Bund soll dafür sorgen, dass eine Abgabe auf PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) an der Quelle erhoben wird und damit ein Fonds gespiesen wird zur Deckung sämtlicher Sanierungskosten in Zusammenhang mit PFAS ([KR-Nr. 128/2026](#)). Und SP-Kantonsrätin Priska Lötscher will an Zürcher Gerichten Co-Präsidien ermöglichen, namentlich am Sozialversicherungsgericht ([KR-Nr. 129/2026](#)), am Verwaltungsgericht ([KR-Nr. 130/2026](#)), am Baurekursgericht ([KR-Nr. 131/2026](#)), am Steuerrekursgericht ([KR-Nr. 132/2026](#)) und am Obergericht ([KR-Nr. 133/2026](#)). Diese fünf PI werden gemeinsam behandelt.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61  
Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.  
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12